

Spannung und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent günstig entwickelt. Sie begrüßen das aktive Eintreten der Völker und aller fortschrittlichen Kräfte Europas für Entspannung und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern dieses Kontinents. Die Gesprächspartner stimmen darin überein, daß die in der Prager Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages aufgestellten Prinzipien der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit unerläßliche, allgemeingültige internationale Normen für ein wahrhaft friedliches Zusammenleben der europäischen Völker sind.

Beide Delegationen sprechen sich für die unverzügliche Einberufung einer Staatenkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aus, für deren multilaterale Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung alle Bedingungen herangereift sind. Sie sind der Auffassung, daß die Gewährleistung der europäischen Sicherheit nicht nur den Interessen der Völker dieses Kontinents dient, sondern zugleich dazu beiträgt, feste Grundlagen für Frieden, Sicherheit und die Wahrung der Unabhängigkeit der Staaten und Völker in der ganzen Welt zu schaffen.

Beide Seiten sehen das Inkrafttreten der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie der Volksrepublik Polen und der BRD als eine wichtige Etappe auf dem Wege der Normalisierung der Lage in Europa an. Frieden und Sicherheit verlangen die konsequente Einhaltung der in diesen Verträgen verankerten völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der territorialen Integrität aller europäischen Staaten in ihren heutigen Grenzen, einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der BRD. Beide Delegationen unterstützen die gerechte Forderung der CSSR, daß das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig zu betrachten ist, und sind der Auffassung, daß eine entsprechende Übereinkunft zwischen der CSSR und der BRD ein grundlegendes Element zur Gewährleistung des Friedens in Europa dar stellen würde.

Die Gesprächspartner unterstrichen ferner die positiven Auswirkungen des Vierseitigen Abkommens über Westberlin, der Verträge und Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD sowie der Vereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Senat von Westberlin auf die Normalisierung der Lage in Europa. Die Delegation der Republik Kuba würdigte die konstruktive Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, die von dem Bestreben geleitet ist, die europäische Entspannung aktiv zu fördern und Voraussetzungen für die Entwicklung normaler und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts zu schaffen.